

# Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



## KARNEVAL

Welche Rolle spielen Mützen, Orden und Federn? Seite 14

## FRÜHLINGSBOTEN

Die ersten Schneeglöckchen blühen. Aber wie lassen sie sich im Garten vermehren? Seite 8



## ÜBERBLICK

### Wann muss die Schufa Daten löschen?

**KARLSRUHE** (itz) Wer ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen hat, bekommt meist eine schlechte Bonitätsauskunft. Der BGH prüft, wie lange Auskunfteien diese Daten speichern dürfen. **Seite 8**

### Welche Kostüme sind noch zeitgemäß?

**KÖLN** Indianer, Geisha, orientalische Prinzessin – wie darf „man“ sich eigentlich noch zu Karneval kostümieren, ohne sich dem Vorwurf des Rassismus auszusetzen? **Aus aller Welt Seite 28**

### Anklage gegen Sibelius noch nicht zugelassen

**TRIER** (itz) Das Landgericht Trier hat noch nicht über die Zulassung der Anklage gegen Karl Sibelius entschieden. Ihm wird vorgeworfen, als Intendant des Theaters die Stadt Trier geschädigt zu haben. **Seite 23**

## ZITAT

„Wir wollen einfach persönlich Dankeschön sagen. Meine Heimat hilft unserer Heimat, das ist so wunderbar. Wir sind hier geboren und aufgewachsen, aber die Türkei ist auch unsere Heimat.“

### Cansu Gülerme

Die Deutsch-Türkin jubelt gemeinsam mit vielen in Deutschland lebenden Türken am Flughafen Köln/Bonn mehreren Such- und Rettungsteams aus Deutschland zu, die nach ihrem Einsatz aus dem türkischen Erdbebengebiet zurückkehren.

## WETTER



Seite 28

## RUBRIKEN

GELD UND MARKT	SEITE 6
FERNSEHEN	SEITE 24
HÄGAR	SEITE 21
SUDOKU	SEITE 21
IHRE MEINUNG	SEITE 20
FÜR KINDER	SEITEN 21, 22

## KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999  
Abo 06 51/7199-998  
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de  
Internet: www.volksfreund.de  
www.facebook.com/volksfreund  
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:  
Alexander Schumitz

Einzelpreis 2,20 €, NR. 39



## TÜRKEI

### Trierer helfen nach Erdbeben

**ANTAKYA** (itz) Viele Menschen in der Türkei sind nach den Erdbeben ohne Dach über den Kopf. Die Zahl der Todesopfer dort und in Syrien stieg inzwischen auf über 40 000. Nach seinem Hilfeinsatz hat unsere Redaktion mit dem Feuerwehrmann Christoph Reuter aus Trier darüber gesprochen. **FOTO: @FIRE**

Themen des Tages Seite 3

# Zu viel Personal: Rechnungshof kritisiert ineffiziente Verwaltung

Trotz geplanter Stellenstreichungen hat die Landesregierung ihr Personal in den vergangenen Jahren ordentlich aufgestockt. Kritik kommt auch vom Bund der Steuerzahler.

VON SEBASTIAN STEIN

**MAINZ** Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren immer mehr Personal eingestellt. Dabei hatte sich die Ampel eigentlich vorgenommen, Stellen einzusparen. 1850 Stellen sollten zwischen 2016 und 2021 wegfallen. Stattdessen gibt es bis 2024 knapp 3800 Stellen mehr. Dann wird das Land voraussichtlich knapp 90.000 Menschen beschäftigen. Die Zahlen gehen aus dem Jahresbericht des rheinland-pfälzischen Rechnungshofes hervor, der am Dienstag in Mainz vorgestellt wurde. „Aus dem einstig geplanten Abbau ist ein Aufwuchs geworden“, kritisiert Rechnungshof-Präsident Jörg Berres.

**8,2 Milliarden Euro für Personal** Das Finanzministerium begründet den Stellen-Boom mit „gestiegenen Aufgaben und Anforderungen“ und nennt etwa die Schwerpunkte Polizei, Bildung, Forstwirtschaft und Katastrophenschutz. Mehr als 8,2

Milliarden Euro hat die Regierung in diesem Jahr für ihr Personal eingeplant, das macht den größten Teil des Haushaltes aus.

**Rechnungshof: Regierung muss effizienter werden** Politisch seien mehr Stellen etwa für Polizisten und Lehrer begrußenswert, sagte Berres. Aber es sei auch möglich, durch eine Modernisierung der Verwaltungsprozesse Personal an geeigneten Stellen einzusparen. Die Regierung müsse effizienter werden, so Berres. Als Beispiel nennt der Rechnungshof in seinem Bericht den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB), den Immobilien- und Baudienstleister des Landes. Im vergangenen Jahr waren dort 1250 Vollzeitkräfte beschäftigt. Laut Rechnungshof wären durch eine Reform der Organisation mehr als 335 entbehrlich, wodurch 38,2 Millionen Euro eingespart werden könnten. Mit einer effizienteren Organisation sei auch die schnellere Realisierung von Bauprojekten möglich, sagt

Berres. So wie in Bitburg, wo bereits seit 2010 ein neues Zuhause für das Amtsgericht gesucht wird.

**Land investiert weniger als andere Bundesländer** Zu hohe Kosten auf der einen Seite, stattdessen zu wenig Investitionen auf der anderen Seite, kritisiert der Rechnungshof zudem. Mit einer Investitionsquote von 5,5 Prozent liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer auf dem vorletzten Platz.

**Für Pensionen der Beamten muss das Land sparen** Zum Problem für den Haushalt wird die hohe Zahl der Landesbediensteten durch die Pensionsansprüche. Jeder achte Euro im Landesetat ist 2021 in die Versorgung ehemaliger Beamter geflossen. Laut einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes erreicht die Zahl der zu versorgenden Beamten und Hinterbliebenen erst 2038 ihren Höchststand. Bis 2066 könnten die Ausgaben auf mehr als 10 Milliarden Euro anwachsen. „Das muss man im

Hinterkopf behalten“, sagte Berres vom Rechnungshof. Wenn keine Vorsorge getroffen würde, müsste das Geld laufend an anderer Stelle gespart werden. Im Finanzministerium bezeichnete man eventuell notwendige Anpassungen bei den Haushaltsausgaben kürzlich dennoch als „beherrschbar“.

**Steuerzahlerbund fordert: Weniger Beamte** der rheinland-pfälzische Bund der Steuerzahler fordert angesichts der drohenden „Ausgabenexplosion“ bei den Pensionen Reformen von der Landesregierung. Schon jetzt kämen auf etwa jeden 50. Landesbürger im Durchschnitt eine Stelle für einen Landesbeamten oder -angestellten, sagte der Geschäftsführer René Quante dem Trierischen Volksfreund. „Wegen den späteren hohen Pensionen drängt der BdSt alle Gebietskörperschaften, genau zu überlegen, in welchen Bereichen Neueinsteiger tatsächlich verbeamtet werden müssen.“ **Themen des Tages Seite 2**

# Bischof Ackermann ist Zeuge vor Gericht

Im Missbrauchsprozess gegen einen ehemaligen Pfarrer sagt der Bischof von Trier aus.

VON FLORIAN RECH

**SAARBRÜCKEN** Der Trierer Bischof Stephan Ackermann wird am Mittwoch vor dem Saarbrücker Landgericht als Zeuge im Prozess gegen den ehemaligen Pfarrer von Freisen, Otmar M., aussagen. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, 1997 einen damals 14 Jahre alten Messdiener in einem Pfarrhaus sexuell genötigt zu haben. Der Angeklagte bestreitet die Tat. Der Vorsitzende Richter Emanuel gab am Dienstag bekannt, dass zu den Vorwürfen auch der Bischof von Trier, Stephan Ackermann, als Zeuge aussagen soll.

Das von Ackermann geleitete Bistum Trier hatte den Angeklagten Otmar M. 2021 angezeigt, nachdem ein mutmaßliches Opfer (der Nebenkläger im aktuellen Prozess vor dem Landgericht) in einem kirchlichen Strafverfahren des Erzbistums Köln gegen M. ausgesagt hatte. Dem Bischof werden aber im Umgang mit den Missbrauchsvorwürfen gegen den ehemaligen Pfarrer von Freisen schwere Verfehlungen vorgeworfen. Als die Vorwürfe gegen Otmar M. 2006 erstmals bekannt wurden und ein mutmaßliches Opfer den Pfarrer anzeigte, ermittelte zunächst die Staatsanwaltschaft Saarbrücken,

stellte das Verfahren aber wegen Verjährung ein.

Nach Angaben des Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wurde daraufhin im Dezember 2006 in der Personalkommission des Bistums Trier über die Zukunft des mutmaßlich übergriffenen Pfarrers entschieden. Mitglied der Kommission war auch der damalige Weihbischof Stephan Ackermann. Es soll beschlossen worden sein, dass keine kirchenrechtliche Voruntersuchung gegen den Freisener Pfarrer eingeleitet wird. Erst im Mai 2016, zehn Jahre später, nach weiteren Anzeigen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

wegen sexuellen Missbrauchs, wurde vom Bistum ein kirchenrechtliches Vorermittlungsverfahren eingeleitet und dem Pastor ein Kontaktverbot zu Kindern und Jugendlichen erteilt.

Neben Ackermann stehen für ihren Umgang mit den Freisener Missbrauchsvorwürfen zwei weitere Bischöfe in der Kritik: der ehemalige Trierer Bischof Reinhard Marx (2002 bis 2008, heute Erzbischof von München und Freising) und der ehemalige Trierer Generalvikar Georg Bätzing (2012 bis 2016), heute Bischof von Limburg und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

## Kleinkind und LKW-Fahrer sterben auf A1

**TRIER/MEHRING** Am Dienstag kam es zu insgesamt vier Unfällen auf der A1 zwischen dem Autobahndreieck Moseltal und der Abfahrt Reinsfeld. Dabei sind ein Kleinkind und ein LKW-Fahrer gestorben. Im Baustellenbereich zwischen dem Autobahndreieck Moseltal und der Abfahrt Mehring war ein Kleintransporter auf einen vorausfahrenden Kleinwagen aufgefahren. Ein einjähriges Kind ist nach einer zunächst erfolgreichen Reanimation an der Unfallstelle doch noch im Krankenhaus gestorben. Der 34-jährige Vater des Kindes und die 26-jährige Fahrerin des anderen beteiligten Fahrzeugs erlitten schwere Verletzungen.

Ebenfalls in der Baustelle starb ein LKW-Fahrer, als sein Fahrzeug auf einen anderen Lastwagen auffuhr.

Bei zwei weiteren Unfällen wurden die Beteiligten zum Teil schwer verletzt. Der Verkehr staute sich in beiden Richtungen auf mehreren Kilometern.

**Lokales**

## Wieder mehr Unfälle auf den Straßen der Region

**TRIER** (r.n.) 23.761 Verkehrsunfälle hat die Polizei im vergangenen Jahr in der Region Trier registriert. Damit ist die Unfallzahl erneut gestiegen und nähert sich dem Niveau vor Corona an. Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren deutlich gestiegen ist laut der Bilanz des Polizeipräsidiums Trier auch die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen verletzt wurden oder gestorben sind (2326; plus 12 Prozent). Die Zahl der Getöteten liegt mit 33 – davon drei auf Autobahnen – leicht über dem Durchschnitt auch der vorangegangenen Jahre. 596 Personen wurden schwer und 2449 leicht verletzt. Deutlich zugenommen haben Unfälle mit Zweirädern. Das gilt für Rad- und Pedelecfahrer (588; plus 20 Prozent) wie für Motorradfahrer (496; plus 32 Prozent). Alkohol und der Blick aufs Handy als Unfallursache haben deutlich zugenommen. **Lokales**

## Nato will mehr Soldaten in Einsatzbereitschaft

**BRÜSSEL** (dpa) - Die Verteidigungsminister der 30 Nato-Staaten beraten an diesem Mittwoch zum Abschluss eines zweitägigen Treffens in Brüssel über die Planungen zur Verstärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses. Angesichts von Russlands Krieg gegen die Ukraine ist geplant, die Zahl der Soldaten in hoher Einsatzbereitschaft von 40 000 auf 300 000 zu erhöhen. Zudem soll vor allem an der Ostflanke die Luftverteidigung verbessert werden. Weitere Themen sind gemeinsame Anstrengungen zum Ausbau der Waffen- und Munitionsbestände, die Entwicklung der Verteidigungsausgaben und mögliche Reaktionen auf die mutmaßliche Sabotage der Erdgasleitungen Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee. **Themen des Tages Seite A5**